

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 63-1 vom 3. Mai 2021

Rede von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier

zur Freischaltung des Portals „Stark im Amt“ für bedrohte Kommunalpolitiker
am 30. April 2021 in Berlin:

„Stark im Amt“ ist mehr als eine neue Website. „Stark im Amt“ ist der Beweis, dass wir als Gesellschaft nicht hilflos sind, wenn es um den Schutz unserer Kommunalpolitiker geht.

Vor gut einem Jahr, kurz vor dem ersten Lockdown, saßen wir in Zwickau bei einer Saaldiskussion mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und sprachen über die Anfeindungen, denen Frauen und Männer bei ihrem politischen Engagement ausgesetzt sind. Auch über die Frage, wie man sie unterstützen könnte. Damals habe ich mir eine breite Allianz gewünscht. Heute ist sie da – in Form dieses neuen Portals. Damit wird ein Versprechen eingelöst, das für Betroffene so wichtig ist: Sie sind nicht allein!

Gegenwehr ist leider bitter nötig. Die registrierten Angriffe auf Amts- und Mandatsträger insgesamt haben sich in den vergangenen drei Jahren verdoppelt. Dabei ist die kommunale Ebene durch ihre Bürgernähe besonders exponiert. Vom Querdenker bis zur wütenden Anwohnerin, die ein Bauvorhaben verhindern möchte, läuft in den Rathäusern alles auf – von rechts, von links, aus der Mitte. Der Hass bricht sich täglich Bahn, persönlich oder digital, seitenlang begründet oder erschreckend kurz mit Worten wie: „Verrecke!“

Hass gefährdet die Grundfesten unserer Demokratie. Wenn sich Bürgermeister oder Gemeinderatsmitglieder vor bestimmten Themen fürchten, dann geraten Debatten und Entscheidungsprozesse in Schieflage. Und wenn sich qualifizierte Kandidatinnen und

Kandidaten in den Kommunen gar nicht zur Wahl stellen, weil sie selbst oder ihre Familien bedroht werden, dann entstehen Lücken. Wer springt hinein? Wer übernimmt Verantwortung?

Die Risiken für unsere Demokratie beginnen nicht erst bei justiziablen Vorfällen. Sie beginnen schon in den kleinen Momenten, die in keine Kriminalitätsstatistik eingehen, aber die politische Atmosphäre eines Ortes prägen. Deshalb bin ich dankbar, dass die Körber-Stiftung bei „Stark im Amt“ das ganze Spektrum von Hass und Gewalt thematisiert. Und passend dazu auch die große Bandbreite von Prävention bis Repression, mit konkreten Ratschlägen, was der und die Einzelne tun kann.

Die Liste der Ansprechpartner und Unterstützeradressen ist im Laufe der Monate immer länger geworden, wie ich gehört habe. Falls heute trotzdem jemand feststellt, der eine oder andere Name fehlt hier noch, dann melden Sie sich und bauen Sie mit an diesem Portal. Es ist ganz bewusst auf Wachstum angelegt.

Es mag für einen Bundespräsidenten ungewöhnlich sein, etwas zu beschirmen, das noch im Werden begriffen ist, zudem rein digital. Aber ich denke, auch dieses Amt muss am Puls der Zeit bleiben.

Der Hass ist so vielschichtig wie unsere Gesellschaft. Es wird wohl nie den Tag geben, an dem wir dieses Phänomen vollständig analysiert haben. Umso wertvoller ist die Initiative der Körber-Stiftung, eine Schneise durch die Komplexität zu schlagen und etwas zu tun, vor dem sich viele fürchten: anfangen, ohne auf die Komastelle genau zu wissen, wie ein solches Projekt am Ende aussieht. Mitten in der Pandemie haben auch die drei kommunalen Spitzenverbände keine Mühen gescheut, das Portal mit Leben zu füllen. 2022 werden sie den Betrieb vollständig übernehmen. Ein gelungenes, ein sehr gelungenes Joint Venture, würde ich sagen!

Wenn ich „Stark im Amt“ gleich freischalte, wünsche ich mir zweierlei. Zum einen, dass dieses Portal eine Adresse wird, bei der viele Menschen Rat und Rückenstärkung finden: gewählte Kommunalpolitikerinnen und -politiker, ob ehren- oder hauptamtlich, genauso wie Hilfesuchende aus dem beruflichen und persönlichen Umfeld.

Zum anderen hoffe ich, dass solche gebündelten Informationsangebote Nachahmer inspirieren, denn aus Briefen weiß ich, wie viele Berufsgruppen zunehmend von Hass und Gewalt betroffen sind: Einsatzkräfte bei Polizei, Feuerwehr und in Notaufnahmen, Lehrerinnen und Lehrer, Personal in öffentlichen Verkehrsmitteln, um nur einige zu nennen. Bei den Kommunalpolitikern ist die Notwendigkeit einer wehrhaften Demokratie offenkundig. Aber wer genau hinsieht, der erkennt: Unsere Gesellschaft insgesamt muss auf die Verrohung reagieren. Wir müssen verlorene Zivilität zurückerobern! „Stark im Amt“ ist ein Anfang.

* * * * *